

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

## Sanktionen gegen die DDR?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1976) : Sanktionen gegen die DDR?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 9, pp. 432-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134986>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Klaus Bolz

## Sanktionen gegen die DDR?

Der Satz „Trinken wir auf die Kaufleute als Schrittmacher der Verständigung“, mit dem sich Herr Honecker bei seinem Besuch des Hoechst-Standes auf der Leipziger Messe 1976 verabschiedete, beinhaltet im Grunde in knapper Form einen wesentlichen Teil des deutschlandpolitischen Konzepts sämtlicher Bundesregierungen von Adenauer bis Schmidt. Durch ihn wird man daran erinnert, daß das seit langem erklärte Ziel und die fast ununterbrochen geübte Praxis, die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen als Klammer zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaatsgebilden einzusetzen, in den Auseinandersetzungen der letzten Wochen um mögliche Sanktionen gegen die DDR kaum eine Rolle gespielt haben. Abgesehen von den wirtschaftlichen und rechtlichen Bedenken ist also bei derartigen Forderungen auch zu fragen, ob es politisch klug ist, sich aufgrund von – gewiß sehr schmerzlichen – Tagesereignissen übereilt einer m. E. wirksamen Maßnahme in der Deutschlandpolitik zu begeben; denn auch dies wäre eine Konsequenz von Wirtschaftssanktionen. Es bleibt die Erkenntnis, daß der innerdeutsche Handel weder heute noch morgen ein Instrument der Politik sein kann. Will man nicht

eine seit Jahren vor der Welt klar formulierte Politik aufgeben, wird man den darin liegenden Preis auch künftig zu zahlen haben. Auch unsere EG-Partner könnten – gäben wir den innerdeutschen Handel als Mittel zur Erreichung unserer angestrebten Ziele quasi auf – erneut die Frage nach dem von ihnen gezahlten Preis stellen, nämlich ob der Sonderstatus der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen – fixiert im Sonderprotokoll zum EWG-Vertrag – noch gerechtfertigt ist.

Die Diskussion um das Verhältnis von Politik und innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen ist im übrigen sehr vielschichtig geführt worden. Die einen – dazu gehörte auch Dr. Albrecht aus Hannover – wiesen auf die altbekannte Tatsache hin, daß in der sozialistischen DDR der Primat der Politik gelte und die DDR sich deshalb selbst bei einer Verschärfung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht zu Zugeständnissen bewegen lassen würde. Dabei ist auch in Rechnung zu stellen, daß der Aktionsspielraum der DDR heute, nach der Anerkennung durch ihre anderen westlichen Handelspartner, sogar größer geworden ist. So haben insbesondere die EG-Länder ihr restriktives außenwirtschaftliches Verhalten gegenüber der DDR – eine Unterstützungsmaßnahme der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik – inzwischen aufgegeben. Verlorengegangene Märkte in der DDR wären für die Bundesrepublik demnach nur schwer wiederzugewinnen.

In enger Verbindung damit stehen die Argumente, die auf die wirtschaftlichen Vorteile der Bundesrepublik aus diesem Handel verweisen. Da ist einmal die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze insbesondere in der ansonsten relativ wenig am Osthandel partizipierenden mittelständischen Industrie anzuführen, zum anderen aber auch die Tatsache, daß der Handel in der Bundesrepublik viele Waren in der DDR relativ günstig – die

Dumpingfälle einmal beiseite gelassen – einkauft und sich damit in einigen Bereichen Vorteile für den bundesdeutschen Verbraucher realisieren lassen.

Auch rein rechtlich bestehen für die Bundesregierung kaum Möglichkeiten, diese Beziehungen kurzfristig durch Eingriffe zu behindern. Dies gilt für den von der DDR als Dauerkredit genutzten Swing (Maximalhöhe 850 Mill. DM, gegenwärtig genutzt ca. 800 Mill. DM) und weitgehend auch für die von der westdeutschen Wirtschaft gewährten Lieferantenkredite in Höhe von etwa 1,5 Mrd. DM, deren Laufzeit zu 85 % unter einem Jahr liegt. Nicht zuletzt zeigt der Grundlagenvertrag in Verbindung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973, daß die Bundesregierung zur Änderung bestehender Verträge kaum einen Spielraum besitzt. Vereinfacht gesagt, die Bundesregierung kann die DDR auch nicht dadurch treffen, daß sie den innerdeutschen Handel mit allen Konsequenzen – z. B. Zölle – zum Außenhandel erklärt.

Trotz des Ausbleibens von Taten dürften die Diskussionen über Sanktionen sowohl in der DDR-Wirtschaft als auch bei den deutschen Unternehmen zu einer Verunsicherung führen; wahrscheinlich wird darunter der allseits gewünschte Strukturwandel des Warenverkehrs leiden. Die bei vielen deutschen Unternehmen gegenüber Investitionsgüterkäufen aus der DDR noch immer vorhandenen Vorbehalte hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der DDR im Bereich des Service und insbesondere der Ersatzteillieferungen könnten jetzt durch das Gefühl ergänzt werden, der sogenannte „after-sale-service“ könnte weiterhin durch politisch bedingte Maßnahmen der Bundesrepublik erschwert werden. Auch in der DDR wird man möglicherweise überprüfen, ob mittelfristig eine quantitative und strukturelle Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik noch opportun erscheint.